

Michael Schrodi

FÜR EUCH IM BUNDESTAG

SPD



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Bayern

SPD

es gibt nichts zu beschönigen: Das Ergebnis der **Landtagswahl in Bayern** ist für unsere Partei ein Desaster! Zu diesem Ergebnis haben zum einen die Querelen in der Koalition in Berlin einen guten Teil beigetragen. Für Bayern müssen wir festhalten, dass es uns mit unserem Wahlkampf, der mehr auf moralische Appelle als auf inhaltliche Auseinandersetzung setzte, nicht gelungen ist, die Wählerinnen und Wähler zu erreichen und zu überzeugen. Bei den Kompetenzen hat uns nur noch jeder Dritte bei unserem Markenkern, der sozialen Gerechtigkeit, vorne gesehen, ein Minus gegenüber 2013 von 12 %. Nach dem schlechtesten Ergebnis für die SPD seit Bestehen der Bundesrepublik, nach der Halbierung unseres Wahlergebnisses und unserer Mandate ist völlig klar: So können wir nicht weitermachen. Den schwierigen Neuaufbau der Partei werden wir nur gemeinsam schaffen. Dabei gilt: Wir müssen über alles reden, über die inhaltliche wie personelle Erneuerung. Die Menschen müssen wieder wissen, für welche Inhalte die Bayern-SPD steht und sich darauf verlassen können, dass wir für sie sozialdemokratische Politik machen - in Berlin wie auch in Bayern. Wie, habe ich im [Interview in der SZ](#) dargestellt.

In Berlin ging es in der letzten Sitzungswoche genau darum: Wir konzentrieren uns auf die inhaltliche Arbeit und setzen um, was wir Sozialdemokraten in den Koalitionsvertrag verhandelt haben. Durch das Familienentlastungsgesetz erhöhen wir das Kindergeld ab Juli 2019 um 10 Euro und ab Januar 2021 um weitere 15 Euro. Darüber hinaus heben wir den Kinderfreibetrag 2019 und 2020 auf insgesamt 7.812 Euro an. Mit diesen und weiteren Maßnahmen des Gesetzentwurfs sorgen wir dafür, dass insbesondere Familien mit geringen und mittleren Einkommen bessergestellt werden. [Hier](#) findet ihr Details zum Gesetzentwurf und [meine Rede](#) dazu im Plenum.



Foto: Fedori/ shutterstock



Außerdem im Plenum: Von unten nach oben umverteilen? Nicht mit uns! FDP und AfD wollen einkommensstarke Spitzenverdiener um 8 Milliarden Euro entlasten. Wir werden den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Einkommensbezieher abschaffen und so die unteren und mittleren Einkommen um 10 Milliarden Euro entlasten. Das ist soziale und gerechte Politik. Meine Rede in voller Länge findet ihr [hier](#).



Angesichts all der Turbulenzen zur Zeit dringen **wichtige politische Errungenschaften** manchmal gar nicht richtig durch. Daher möchte ich hier noch auf einige Gesetze und Gesetzesentwürfe hinweisen, für die wir als SPD gekämpft und die wir in den letzten zwei Wochen erfolgreich angestoßen oder bereits beschlossen haben:

Vollzeit, Teilzeit und zurück: Die Arbeit muss zum Leben passen. Wer seine Arbeitszeit eine Zeit lang reduziert, um Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen, sollte keine Angst haben müssen, danach in der Teilzeitfalle stecken zu bleiben. Mit dem neuen Gesetz zur **Brückenteilzeit** bekommen Teilzeitbeschäftigte ab dem 1. Januar 2019 endlich das Recht, wieder zu ihrer vorherigen Arbeitszeit zurückzukehren. Dies trägt zur Gleichstellung von Frauen und Männern bei, hilft Altersarmut zu vermeiden und Fachkräfte zu halten. Mehr Informationen dazu findet ihr [hier](#).



Foto: Kuzmina/ shutterstock

Wir wollen, dass alle Kinder Zugang zu guter Bildung haben, unabhängig von ihrer Herkunft. Der Gesetzesentwurf zum **Gute-Kita-Gesetz** stellt bis 2022 5,5 Milliarden Euro für die Verbesserung der Qualität von Kitas bereit. Diese können z.B. dafür eingesetzt werden, dass mehr Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden oder die Sprachentwicklung der Kinder besser gefördert wird. Darüber hinaus sieht der Entwurf vor, dass Kitagebühren sozial gestaffelt und Familien mit geringem Einkommen ganz davon befreit werden. Mehr dazu [hier](#).

Für eine gerechte Finanzierung unseres Gesundheitssystems! Mit dem jetzt beschlossenen Gesetz zur Entlastung gesetzlich Krankensversicherter führen wir die **Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung** wieder ein. Den Zusatzbeitrag (durchschnittlich 1 Prozent des Bruttoeinkommens) zur GKV haben Arbeitnehmende bisher alleine getragen. Ab 1. Januar 2019 zahlen Arbeitgebende wieder die Hälfte. Was das Gesetz außerdem für Verbesserungen für Selbstständige und ehemalige Soldatinnen und Soldaten bringt, findet ihr [hier](#).



Foto: Namoglu/ shutterstock

Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit und der Schutz der Mieterinnen und Mieter steht auf unserer politischen Agenda ganz oben. Der Gesetzesentwurf von Justizministerin Barley schafft mehr Transparenz für Mieterinnen und Mieter. Vermietende sind verpflichtet, die Vormiete offenzulegen. Bundesweit darf die Miete nach einer Modernisierung nur noch um maximal 3 Euro/qm im Monat innerhalb von 6 Jahren erhöht werden. Was wir sonst noch mit dem Gesetzesentwurf erreicht haben, könnt ihr [hier](#) nachlesen.

Herzliche Grüße

Michael Schrod

